UVB verlangt Agenda für mehr Wachstum in Brandenburg

04.05.17 | Potsdam

UVB verlangt Agenda für mehr Wachstum in Brandenburg

Fachkräfte zu finden wird für die Firmen immer schwieriger. Mit ein paar Ideen wollen die Unternehmensverbände das ändern

Brandenburg braucht zusätzliche Impulse, um in den kommenden Jahren ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu erreichen. „Ein ausreichendes Fachkräfteangebot und eine leistungsfähigere Infrastruktur sind die Schlüsselfaktoren für mehr Dynamik. Brandenburg kann mehr, wenn sich Politik und Wirtschaft ehrgeizigere Ziele setzen.“ Das sagte am Donnerstag in Potsdam Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB).

Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2019 könne das Land beim Wachstumsvergleich der Bundesländer deutlich aufholen – 2016 hatte Brandenburg lediglich einen Rang im Mittelfeld erreicht. Der wichtigste Faktor dafür sei ein ausreichendes Fachkräfteangebot auf dem Arbeitsmarkt. Für die Betriebe werde es immer schwieriger, offene Stellen zu besetzen, erklärte Amsinck.

Jeder fünfte Beschäftigte geht binnen zehn Jahren in Rente

Das zeige schon die Altersstruktur der aktuell Beschäftigten: Mehr als 181.000 Arbeitnehmer in

Brandenburg gingen in den kommenden zehn Jahren in Rente, aber nur 135.000 Beschäftigte seien heute jünger als 30 Jahre. „Das Problem wird sich also Jahr für Jahr verschärfen“, warnte der UVB-Hauptgeschäftsführer. Schon heute gelinge es im Schnitt erst nach 109 Tagen, eine freie Stelle zu besetzen. Das sei fast dreimal so lange wie noch 2011.

„Das zeigt, dass die Unternehmen schon jetzt oft händeringend suchen.“ Auch deshalb setzten die Betriebe in Brandenburg laut UVB verstärkt auf das praxisnahe duale Studium. „Unser Ziel sind 1.000 dual Studierende in Brandenburg im Jahr 2019 – aktuell sind es knapp 500.“

Zu viel Schulabbrecher

„Wir müssen jetzt jedes verfügbare Talent mobilisieren“, forderte Amsinck. Vor allem bei der Ausbildung und bei der Qualifizierung von Arbeitslosen sehen die Unternehmensverbände noch Luft nach oben. Die Ausbildung müsse attraktiver werden, etwa durch mehr Investitionen in die Berufsschulen und eine Intensivierung der Verbundausbildung.

Zudem sei die Zahl der Schulabbrecher noch immer zu hoch. Arbeitslose müssten bedarfsgerecht und passgenau qualifiziert werden, um zu einer Chance zu kommen. „Heute haben vier von zehn Arbeitslosen keine Qualifikation, zwei von drei arbeitslosen Jugendlichen sind ohne Ausbildung – da müssen wir ran“, sagte Amsinck.

Dichtere Takte auf der Schiene

Auch eine bessere Infrastruktur insbesondere für Pendler könne Arbeitsplätze in Brandenburg attraktiver machen. Zwischen Brandenburg und Berlin brauche es auf der Schiene engere Takte und einen Ausbau der Engpässe.

Auch bessere Bedingungen für die Digitalisierung seien ein Muss. „Zentral dabei ist die Versorgung vor allem der Gewerbegebiete mit Breitband-Internet. An den wichtigsten Standorten muss bis 2020 eine Gigabit-Verbindung verfügbar sein. Die Digitalisierung ist gerade für Unternehmen in der Fläche die Chance auf neue Kunden“, sagte der UVB-Hauptgeschäftsführer. Für immer mehr Unternehmen sei die Breitband-Versorgung heute einer der wichtigsten Punkte bei einer Standortentscheidung.

Potenzial des BER nicht unterschätzen

Die Unternehmensverbände erinnerten zudem an das große Wachstumspotenzial durch den Flughafen BER. „Der Airport wird nach der Eröffnung binnen kurzer Zeit zum größten Arbeitgeber im Land werden. Auch das Umfeld dürfte ein regelrechter Magnet für neue Jobs werden. Das darf bei allen Startschwierigkeiten nicht unter den Tisch fallen.“

Brandenburg und Berlin müssten sich daher dringend um eine bessere Anbindung des Airports sowie um einen Ausbau der Fluggast-Kapazitäten kümmern. „Der BER braucht jede nur denkbare politische Unterstützung. Direkt und indirekt werden dort zehntausende neue Arbeitsplätze entstehen. Wir brauchen jetzt einen exakten Masterplan für die Phase nach der Eröffnung.“ Amsinck verwies auf die enormen Wachstumseffekte der Flughäfen wie Frankfurt am Main oder München.

Unzufrieden sind die Unternehmensverbände allerdings mit der aktuellen Kooperation von Brandenburg und Berlin. „Die Hauptstadtregion entwickelt sich dynamisch, aber die Regierungen denken zu oft nur bis zur Landesgrenze. Das muss sich ändern“, forderte die UVB. Mehr Miteinander brauche es nicht nur in der Verkehrsplanung, sondern auch beim gemeinsamen Ausbildungsmarkt,

bei den Themen Energie, Wirtschaftsförderung oder Gesundheitsversorgung.

Auch die Entwicklung der Lausitz entscheide darüber, welches Wachstum Brandenburg in den kommenden Jahren erreichen kann, führte Amsinck weiter aus. „Die Bundesregierung hat sich für eine Abkehr von der Braunkohle entschieden. Jetzt muss sie auch Verantwortung für die Folgen dieser Politik übernehmen.“

Es brauche einen Masterplan für die Lausitz mit einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren, der mit ausreichenden Mitteln hinterlegt und Teil der Koalitionsvereinbarung der nächsten Bundesregierung werde. Amsinck: „Investoren müssen erkennen, dass es eine Strategie für den Wandel gibt. Nur dann kann die Lausitz eine starke Industrieregion bleiben.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Arbeitsmarkt

Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] wveb.de

Download VCF

Ihr Ansprechpartner zu den Themen Digitalisierung und Industrie

Abteilungsleiter Innovations- und Digitalpolitik

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] wveb.de

Download VCF